

Gewollte Ungleichheit

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird zusehends größer. Doch was ist dagegen zu machen? Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Politik, Gesellschaft und Wirtschaftsforscher stellen regelmäßig eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich fest und beklagen diese. Renditeorientierte Marktwirtschaft fördert Vermögensungleichheit. Immer, wenn neue Zahlen dazu auftauchen, wird kurz innegehalten. Gehandelt wird nicht. Das ist unehrliche Betulichkeit.

Dabei ist die Diagnose unstrittig. Radikal renditeorientierte Marktwirtschaft ist ein Modell von gestern. Gemeinsam würde es besser gehen. Das wird bei den Armuts- und Reichtumsstudien immer klarer. Im wohlhabenden Deutschland wird Vermögensungleichheit zunehmend zur Handlungs- und Chancenungerechtigkeit. Diese Chancenungleichheit hat weitreichende Konsequenzen, für das Leben der Einzelnen und für die Gesellschaft. Das wollen weder Staat noch Gesellschaft und wahrscheinlich auch nicht die wirklich Vermögenden. Was also tun?

Da gäbe es die klassischen Instrumente Vermögen- und Erbschaftsteuer. Darüber hinaus könnte für Superreiche eine Vermögensabgabe durchgesetzt werden. Davon wären nur kleine Teile der Bevölkerung betroffen. Das Instrument könnte Wunder wirken, wird aber kaum in der öffentlichen Debatte thematisiert. Eine Besteuerung der Vermögenden ist vor allem dann sinnvoll, wenn das zusätzliche Geld tatsächlich für Umverteilung ausgegeben wird. Von Bildung, öffentlicher Infrastruktur bis Pflege gibt es zahlreiche gesellschaftliche Aufgabengebiete, die vom Umverteilungsgedanken profitieren könnten. Davon will die Politik offenbar kaum Gebrauch machen. Dabei wären Vermögensteuer und -abgabe bei entsprechenden Freibeträgen überhaupt kein Problem.

Einfache Ansatzpunkte sind gefragt. Wie wäre es mit mehr Vermögenstransparenz? Bislang müssen nur die diejenigen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch in Anspruch nehmen, ihre Vermögenssituation offenlegen. Für diese Gruppe gibt es auch eine klare Vermögensdefinition. Anders bei der Vermögensteuer – hier weiß man nicht, wie Vermögen zu definieren und bewerten ist. Das ist eine systematische asymmetrische Behandlung von Arm und Reich. Diese Ungleichheit ist offenbar auch von denen gewollt, die sich bei jeder neuen Armutsstudie betroffen zeigen, aber das Handeln vergessen. Damit muss Schluss sein.